

2014.BSS.000206

Vortrag des Gemeinderats an die zuständige vorberatende Kommission des Stadtrats sowie an den Stadtrat

I3300005, Fr. 1 053 230.00; E-Government Betreuungsgutscheine; Konzeption, Realisierung und Einführung der Lösung E-BEGU; Kreditabrechnung

1. Kreditbeschlüsse

Stadtratsbeschluss Nr. 233 vom 7. April 2016	Fr.	810 310.00
Stadtratsbeschluss Nr. 96 vom 2. März 2017	Fr.	243 010.00
Verpflichtungskredit Total	Fr.	1 053 320.00

2. Kurzbeschreibung, Zielerreichung, Projektänderungen

2.1 Kurzbeschreibung

Auf den 1. Januar 2014 wurde das städtische Betreuungsgutscheinmodell (Reglement vom 30. August 2012 über die familienergänzende Betreuung von Kindern und Jugendlichen; Betreuungsreglement; FEBR; SSSB 863.31) in Kraft gesetzt. Für den Erhalt eines Betreuungsgutscheins (Vergünstigung) für die Kleinkinderbetreuung müssen die Eltern ein Gesuch stellen. Zusammen mit dem Gesuch müssen die Eltern ihr Erwerbsspensum, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse und weitere Angaben mit den entsprechenden Unterlagen nachweisen. Nach Prüfung und der Berechnung des Umfangs erhalten die anspruchsberechtigten Eltern für die Betreuung ihrer Kinder einen Betreuungsgutschein in Form einer Verfügung. Die monatlichen Vergünstigungen je Kind werden direkt an die betreuenden Kindertagesstätten überwiesen. Um diesen gesamten Gesuchprozess (von der Beantragung bis zur Zahlungsabwicklung) zu unterstützen, wurde das Projekt E-BEGU ausgeschrieben.

Ziele Informatiklösung:

- Verbesserte Information durch Standardisierung und automatisierte Eingabekontrolle bei Online-Gesuchen. Die benötigten Unterlagen können durch die Gesuchstellenden in der Applikation hochgeladen werden.
- Über den Bearbeitungsstand ihres Gesuchs können sich die Eltern online orientieren. Den Kindertagesstätten ist dieser Status auch ersichtlich.
- Der Datenaustausch zwischen der Kindertagesstätte und der Sektion Betreuungsgutscheine erfolgt automatisch (z.B. Zahlungsverkehr).
- Anpassung der Betreuungsgutscheine werden prozessunterstützt abgewickelt.
- Veränderte gesetzliche Vorgaben können effizient in der Lösung implementiert werden.

Am 7. April 2016 hat der Stadtrat einen Investitionskredit (SRB 233) von Fr. 810 310.00 inklusive des Projektierungskredits bewilligt mit einer unerwarteten Vorgabe, dass diese komplette Lösung vollständig unter einer Open Source Lizenz (OSS-Lizenz) erfolgen muss. Diese Auflage war zum Zeitpunkt der WTO-Ausschreibung noch nicht bekannt, jedoch bestimmte bereits die Ausschreibung, dass der Code der Applikation in den Besitz der Stadt übergehen müsse. Daher mussten Nachverhandlungen sowie technische und juristische Abklärungen mit dem Anbieter vorgenommen werden. Der Anbieter stimmte schliesslich der OSS-Lizenz-Auflage zu, und dadurch konnte auf eine erneute WTO-Ausschreibung verzichtet werden.

Das Projekt startete im Mai 2016, und im Juli 2016 lag bereits das Grobkonzept vor. Die Realisierung begann im August 2016. In dieser Realisierungsphase hat der Kanton ohne Vorinformationen die gesetzliche Grundlage (Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration, ASIV) angepasst. Diese kantonale Anpassung hatte auf bereits codierte und getestete Regeln und Funktionen Auswirkungen. Auch gesamtstädtisch kamen neue Anforderungen – aus dem parallellaufenden Basisinfrastrukturprojekt E-Government Identity and Access Management (IAM) und aus dem städtischen Projekt «Relaunch Internet» – hinzu. Beim Stadtrat wurde deswegen ein Nachkredit von Fr. 243 010.00 (SRB 96 vom 02.03.2017) beantragt. Um die Onlineschaltung der Applikation Ki-Tax am 15. März 2017 einzuhalten, wurden bestimmte Programmfunktionen (z.B. Statistik, Veröffentlichung OSS-Lizenz usw.) auf spätere Auslieferungstermine verschoben.

Das interne Informatikprojekt lief unter dem Namen E-BEGU (E-Government-Betreuungsgutscheine). Die auf GitHub (netzbasierter Dienst zur Versionsverwaltung für Software Entwicklungsprojekte) veröffentlichte Open Source Applikation heisst Ki-Tax.

Vorprojekt mit WTO-Ausschreibung:	Mai 2015
Projektbeginn:	Mai 2016
Test:	Januar und Februar 2017
Schulungen Kitas:	Februar/März 2017; Nachschulung im Mai 2017
Ki-Tax-Programm online:	15. März 2017
Projektende:	2019

2.2 Zielerreichung/Auftragstreue

Trotz Auflage für eine Open Source Applikation, den geänderten kantonalen gesetzlichen Vorgaben und neuen gesamtstädtischen Anforderungen wurden die ausgeschriebenen und vereinbarten Punkte realisiert. Die Schulungen (ca. 90 Kita-Verantwortliche) wie auch die Inbetriebnahme (online am 15. März 2017) erfolgten plangemäss.

Das Programm Ki-Tax ist von den Gesuchstellenden wie auch bei den Kindertagesstätten sehr gut angenommen worden. Schon im ersten Jahr reichten von rund 2 400 Gesuchstellenden 60 % ihren Antrag online ein.

2.3 Projektänderungen, besondere Vorkommnisse

Aufgrund der vom Kanton unerwarteten Anpassung der gesetzlichen Grundlagen und weiteren städtischen Anforderungen musste beim Stadtrat im Dezember 2016 ein Nachkredit gestellt werden (SRB 1890 vom 21.12.2016).

E-Government Schweiz hat 2017/2018 das Programm Ki-Tax «Online Gesuchstellung in der familienergänzenden Kinderbetreuung als Open Source Lösung für andere Gemeinden» im April 2017 prämiert und einen Beitrag von Fr. 40 000.00 gewährt. Dieser Beitrag wurde mit der Auflage verbunden, dass auch die bestehende Schnittstelle zur städtischen Online-Registrierung lizenzfrei programmiert wird.

Der Kanton hat auf den 1. August 2019 flächendeckend Betreuungsgutscheine für die Kinderbetreuung eingeführt. Aus diesem Grund hat der Kanton aus der Open Source Applikation Ki-Tax der Stadt eine kantonale Lösung kiBon entwickelt.

3. Kreditabrechnung

3.1. Bruttoinvestition

Ausgaben IR (Aktivierungen)	Fr.	992 397.55
+ Abgerechnete Vorsteuern	Fr.	0.00
Bruttoinvestition	Fr.	992 397.55

3.2. Vergleich zu Verpflichtungskredit

Bruttoinvestition	Fr.	992 397.55
./. Verpflichtungskredit	Fr.	1 053 320.00
Kreditunterschreitung (5,78 %)	Fr.	-60 922.45

3.3. Gebundene Ausgaben falls nicht zutreffend Absatz leer lassen

Vorgeschrieben nach übergeordnetem Recht	Fr.	0.00
Zwingend erforderliche Verwaltungsaufgabe	Fr.	0.00
Nachgewiesene Teuerung	Fr.	0.00
Gebundene Ausgaben	Fr.	0.00

4. Begründung der Mehr- und Minderkosten

4.1. Mehrkosten

Vorprojekt (Prüfung WTO-Ausschreibung)	Fr.	3 560.55
Anpassungen für die neuen kantonalen Vorgaben	Fr.	19 806.40
Leistung Informatikdienste Stadt (Server usw.)	Fr.	7 400.95
Mehrkosten	Fr.	30 767.90

Die Mehrkosten entstanden bei den Leistungen des Informatikdiensts vor allem wegen Abklärungen zu der parallellaufenden städtischen Schnittstelle «Basis Infrastruktur IAM». Die Lieferverzögerungen und auch Fehler dieses städtischen Projekts verursachten Mehrkosten im E-BEGU. Mit dem unerwarteten Beitrag von E-Government Schweiz (Beiträge Dritter) konnte die IAM-Schnittstelle Ki-Tax unter die Open Source-Lizenz gestellt werden, wodurch die Lizenzkosten IAM entfielen.

Mehrkosten ergaben sich auch bei der Neuprogrammierung der angepassten gesetzlichen Grundlagen des Kantons (ASIV). Die Anpassungen erwiesen sich viel tiefgreifender als in der Schätzung für den Nachkredit beim Stadtrat beantragt.

Um diese Mehrkosten zu kompensieren, wurde die externe Projektunterstützung reduziert, und die zusätzlichen Entwicklungsstunden (DV Bern – Vertragssumme) wurden nicht vollumfänglich beansprucht.

4.2. Minderkosten

Externe Projektunterstützung	Fr.	11 790.80
Zusatzstunden des Lösungsanbieters	Fr.	9 486.60
Beschaffung Hardware	Fr.	3 921.30
Externe Miete Schulungsraum	Fr.	5 000.00
Reserve (Change und Ungeplantes)	Fr.	8 072.10
Registrierungsverfahren der Stadt (Login)	Fr.	38 178.80
Barrierefreiheit – Internet Relaunch	Fr.	14 384.00
Umstellung auf Open Source (Veröffentlichung GitHub)	Fr.	856.75
Minderkosten	Fr.	91 690.35

Um die Mehrkosten der Informatikdienste zu kompensieren, wurde die externe Projektunterstützung reduziert und die zusätzlichen Entwicklungsstunden (DV Bern – Vertragssumme) wurden nicht vollumfänglich beansprucht.

Die Beschaffung der Hardware fiel günstiger aus, da die Preise in der Zwischenzeit gesunken sind.

Die Miete für einen externen Schulungsraum wurde nicht beansprucht, da Schulungsräume beim Sozialamt an der Schwarztorstrasse genutzt werden konnten.

Die Reserven wurden nicht vollumfänglich benötigt.

Minderkosten Registrierungsverfahren der Stadt (Login): Die geschätzten veranschlagten Kosten wurden per stadtinterne Verrechnung anders geregelt, da im Laufe des Projekts weitere Direktionen/Dienststellen mit E-Gov arbeiteten. Daher mussten in diesem Projekt nur die spezifischen Kosten für die neue Schnittstelle übernommen werden.

Bei der Überprüfung für die Barrierefreiheit ergaben sich weniger Nacharbeiten als beim Nachkredit geschätzt worden ist (Schätzung analog ähnlichen Informatikprojekten). Zudem hat der Lieferant über entsprechende Erfahrungen verfügt und die Projektleitung hat gewisse Vorgaben bereits in der Entwicklung festgelegt.

4.3. Zusammenfassung

Mehrkosten	Fr.	30 767.90
Minderkosten	Fr.	91 690.35
Kreditunterschreitung (5,78%)	Fr.	60 922.45

5. Beiträge Dritter

Die Projektleitung hatte sich mit E-Government Betreuungsgutscheine (Ki-Tax Applikation) sowohl bei der Ausschreibung E-Government Schweiz wie auch bei DINAcon Awards beworben. Bei DINAcon Awards hatte es leider nicht unter die ersten drei Plätze gereicht, aber E-Gov-Schweiz hatte unerwartet die Innovation Ki-Tax mit einem Beitrag von Fr. 40 000.00 unterstützt. Mit dem Beitrag von E-GOV-Schweiz wurde unmittelbar die IAM-Schnittstelle lizenzfrei und u.a. auch Hilfsmenus anstelle Benutzerhandbücher online gestellt.

5.1 Nettokosten für die Stadt

Kosten effektiv	Fr.	992 397.55
Beiträge Dritter	Fr.	40 000.00
Nettokosten für die Stadt	Fr.	952 397.55

6. Prüfbericht des Finanzinspektorats

Das Finanzinspektorat der Stadt Bern hat die Kreditabrechnung mit Bruttoinvestitionen von Fr. 992 397.55 geprüft.

Es empfiehlt die Genehmigung.

Bern, 5. April 2022

Leiterin Finanzinspektorat: sig. P. Jurt

Revisor: sig. F. Wegmüller

Antrag an die vorberatende Kommission

Die Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) genehmigt *einstimmig* im Sinne von Artikel 53 GO in Verbindung mit Artikel 25 Absatz 3 GRSR die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung betreffend I3300005, Fr. 1 053 320.00, E-Government Betreuungsgutscheine; Konzeption, Realisierung und Einführung der Lösung E-BEGU.

Verpflichtungskredit Stadtratsbeschluss 233 vom 07. April 2016	Fr.	810 310.00
Verpflichtungskredit Stadtratsbeschluss 96 vom 02. März 2017	Fr.	243 010.00
Verpflichtungskredit Total	Fr.	1 053 320.00
Bruttoinvestition	Fr.	992 397.55
Kreditunterschreitung (5,78 %)	Fr.	60 922.45

Eventualantrag an den Stadtrat

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung betreffend E-Government Betreuungsgutscheine; Konzeption, Realisierung und Einführung der Lösung E-BEGU.

Verpflichtungskredit Stadtratsbeschluss 233 vom 07. April 2016	Fr.	810 310.00
Verpflichtungskredit Stadtratsbeschluss 96 vom 02. März 2017	Fr.	243 010.00
Verpflichtungskredit Total	Fr.	1 053 320.00
Bruttoinvestition	Fr.	992 397.55
Kreditunterschreitung (5,78 %)	Fr.	60 922.45

Bern, 18. Mai 2022

Der Gemeinderat